

Nein zum TV-L-Verhandlungsergebnis!

Die Mitgliederversammlung der ver.di-Betriebsgruppe Freie Universität Berlin beschließt:

- Wir rufen auf, gegen die Annahme des viel zu schwachen Tarifiergebnisses zu stimmen
- Wir sind bereit, bei Ablehnung des miserablen Ergebnisses weiter zu streiken
- Wir fordern die Tarifkommission auf, das Ergebnis abzulehnen und stattdessen Vorbereitungen für eine Urabstimmung und die Organisation für eine Streikfortsetzung zu diskutieren. Dabei braucht es unsere volle Kampfkraft durch bundesweite und gemeinsame Mobilisierungen der GEW- und ver.di-Kolleg:innen statt einzelner Branchestreiktage
- Wir setzen uns für Streik-Versammlungen in Betrieben und Dienststellen ein, um darüber zu diskutieren und Abstimmungen durchzuführen.

Diese Argumente sprechen für die Ablehnung des Ergebnisses und Fortsetzung des Arbeitskampfes:

Das Ergebnis ist nicht ausreichend: Bei einer Laufzeit von 27 Monaten entspricht das Ergebnis nicht einmal einem Drittel der Forderungen (7 %, mindestens 300 Euro), bezogen auf die geforderte Laufzeit von 12 Monaten sogar nicht einmal einem Viertel (5 Nullmonate plus 7 Monate mit 2,8 % = 1,63 %). Es macht in keiner Weise die bereits erlittenen Reallohnverluste wett und auch für die Zukunft wird es die Preissteigerungen nicht ausgleichen. Erst in mehr als zwei Jahren könnte man wieder für eine Erhöhung streiken.

Studentische Beschäftigte weiter ohne Tarifvertrag: Auch der TVStud wurde nicht erkämpft, wodurch studentische Hilfskräfte weiterhin prekär und in vielen Bundesländern knapp über dem Mindestlohn arbeiten müssen, denn an die schuldrechtliche Vereinbarung wird sich selten in allen Punkten gehalten.

Mit Entschlossenheit Kampfkraft stärken: Wir sind uns über die besonderen Schwierigkeiten der Streik-Mobilisierung im Länderbereich bewusst. Doch die Möglichkeiten für eine Organisation und Ausweitung des Arbeitskampfes wurden nicht ausgeschöpft.

Diskutieren und mobilisieren: Wir setzen uns für eine starke Mobilisierung in den Betrieben und Dienststellen ein. Wenn die Mitgliedschaft sich mehrheitlich gegen die Annahme ausspricht, wäre das Ausgangspunkt für eine Kampagne für einen Erzwingungsstreik.

Gemeinsam sind wir stärker: Bei Fortsetzung des Arbeitskampfes könnte dieser mit weiteren zeitgleich stattfindenden Tariffbewegungen koordiniert werden - mit Beschäftigten im Nahverkehr, bei der Bahn, bei Lufthansa, Telekom und anderen. Zu Streiks sollten die

Gewerkschaften gemeinsam alle betroffenen Bereiche für denselben Zeitraum aufrufen, um die maximale Kraft zu entfalten. Schluss mit der Vereinzelung und Aufspaltung!

Bewegung aufbauen für Umverteilung: Statt weitere Steuergeschenke an die Reichen braucht es massive Besteuerung von Vermögen und Gewinnen. Die Arbeitgeberseite hat in den Verhandlungen klargemacht, dass sie unsere Löhne nicht erhöhen will, damit die Bundesregierung weiter Panzer kaufen und Unternehmen steuerlich entlasten kann. Die Gewerkschaften schweigen dazu. Es wäre aber nötig, den Zusammenhang zwischen Sparzwang und Aufrüstung zu benennen und die Pläne der Bundesregierung zurückzuweisen. Anstatt Sondervermögen für Aufrüstung bräuchte es Sondervermögen für Bildung, Gesundheit, Soziales! Das passiert nicht von alleine. Mit gleichzeitig stattfindenden Streiks und dem Aufbau von Solidarität aus anderen Betrieben könnte aber gesellschaftlicher Druck aufgebaut werden.